



Beschuldigte Lambsdorff, von Brauchitsch, Friderichs

Flick-Affäre: Späte Akten-Einsicht

Die Entscheidung der nordrhein-westfälischen Justizministerin Inge Donnep (SPD), dem Flick-Untersuchungsausschuß des Bundestages alle Akten der Bonner Staatsanwaltschaft über die Schmiergeldaffäre zur Verfügung zu stellen, bringt die Bundesregierung in die Klemme. Finanzminister Gerhard Stoltenberg hatte sich bislang unter Berufung auf das Steuergeheimnis geweigert, dem Ausschuß volle Akteneinsicht zu gewähren. Frau Donnep ließ nun wissen, daß sie anderer Meinung sei: Untersuchungsaufträge eines Parlaments dürften „bei zwingendem öffentlichem Interesse“ nicht durch das Steuergeheimnis behindert werden: Die Unterlagen der Staatsanwaltschaft sollen übergeben werden, sobald die Ermittlungen gegen

Politiker und Flick-Manager beendet sind und feststeht, gegen wen Anklage erhoben wird. Obwohl zur Zeit noch Vernehmungen laufen, wird am Entwurf der Abschlußverfügung bereits seit Wochen geschrieben. Am vergangenen Donnerstag erstatteten die Bonner Staatsanwälte dem Kölner Generalstaatsanwalt Walter Steffens einen Zwischenbericht. Tendenz: Der frühere Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch, Ex-Wirtschaftsminister Hans Friderichs (FDP) und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) müssen mit einer Anklage „wegen Vorteilsgewährung bzw. Vorteilsannahme“ rechnen. Am selben Tag fiel die Entscheidung der Düsseldorfer Justizministerin auf Aktenfreigabe.

Gewährt SED Rabatt?

Das Politbüro der SED hat auf seiner Sitzung am vergangenen Dienstag darüber beraten, wie Ost-Berlin sich gegenüber Bonn für den Milliarden-Kredit vom vergangenen Sommer revanchieren und zugleich das Klima für weitere Kredite aus dem Westen anwärmen soll. Der ZK-Apparat hatte für das Führungsgremium der Partei zum Mindestumtausch für DDR-Besucher aus der Bundesrepublik eine detaillierte Vorlage erarbeitet. Darin wird vorgeschlagen, den derzeitigen Tagessatz von 25 Mark zwar generell beizubehalten, aber älteren Kindern und Rentnern Rabatt zu geben. Außerdem diskutierten die SED-Oberen über eine Senkung des Reisealters für DDR-Bürger, die in den Westen fahren wollen – allerdings ohne konkrete ZK-Vorlage und ohne Beschluß.

Ankaras leere Versprechen

Das Auswärtige Amt ist über Meldungen der deutschen Botschaft in Ankara zum Fall Levant Begen beunruhigt. Der Türke war drei Monate vor dem Militärputsch in Ankara von der sozialliberalen Regierung an sein Heimatland ausgeliefert worden, dort aber, entgegen dem

Europäischen Auslieferungsabkommen, wegen politischer Delikte angeklagt worden. Die Bundesregierung intervenierte – wie sie noch Anfang letzter Woche glaubte, mit Erfolg. Sie ging davon aus, daß gegen Begen vor Gericht nur wegen krimineller Straftaten verhandelt würde. Die deutsche Botschaft in Ankara teilte dem Auswärtigen Amt in Bonn jetzt jedoch mit, daß die türkische Staatsanwaltschaft inzwischen wieder wegen politischer Delikte gegen Begen ermittelt, unter anderem wegen „gemeinschaftlich begangenen Mord aus politischen Motiven“.

Fragwürdige Runde

Mangelndes Fingerspitzengefühl bewies die christliberale Regierung am Mittwoch letzter Woche beim heiklen Thema Vergangenheitsbewältigung. Waldemar Schreckenberger, Chef des Bundeskanzleramts, hatte Vertreter von Verbänden, „die in dieser Frage besonders engagiert sind“, zu einer Gesprächsrunde geladen, um der Frage nachzugehen, „wie in angemessener Weise die Erinnerung an und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus“ erreicht werden könne. Auf die Einla-

ungsliste hatte der Kanzlerbeauftragte zwar den CDU-Rechtsaußen Herbert Czaja vom Bund der Vertriebenen oder den Vorsitzenden des Kuratoriums Unteilbares Deutschland gesetzt. Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma jedoch, der eine bedeutende Gruppe von Nazi-Opfern repräsentiert, war nicht eingeladen. Erst nach Intervention des Parlamentarischen Geschäftsführers der Grünen, Joseph Fischer, korrigierte Schreckenberger den Fauxpas und bat auch die Sinti zu dem Gespräch. Draußen vor der Tür blieb dagegen die – nach Erkenntnis des Verfassungsschutzes kommunistisch orientierte – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Man wolle, teilte das Kanzleramt der VVN mit, den Kreis nicht zu sehr ausweiten. Die Unionschristen luden statt dessen lieber die Arbeitgeberverbände und den Volksbund für Kriegsgräberfürsorge dazu.

Ärger mit Cheysson

Die Zusammenarbeit zwischen dem „Deutschen Komitee Not-Ärzte e. V.“ und der französischen Hilfsorganisation „Médecins du Monde“ droht zu scheitern. Beide Vereine hatten vereinbart, mit dem französischen Frachter „Le Goëlo“ die Rettung vietnamesischer Boots-Flüchtlinge im Südchinesischen Meer fortzusetzen, nachdem die deutsche „Cap Anamur“ voriges Jahr ihre Arbeit hatte einstellen müssen. Der französische Außenminister Claude Cheysson, der zunächst die unbegrenzte Aufnahme aller Flüchtlinge garantiert hatte, steckt nun zurück: Frankreich werde dieses Jahr keine Vietnam-Flüchtlinge mehr aufnehmen, ließ Cheysson das Bonner Auswärtige Amt wissen. Seine Begründung: Die „Goëlo“ könne ihr Vorhaben nicht zu den verabredeten



Flüchtlingsschiff „Le Goëlo“